

## Protokoll der StuRa-Sitzung vom 08.10.2015

Versammlungsleiter: Marius Walther  
Protokollant: Christian Soyk

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr  
Sitzungsende: 01:00Uhr

Es sind 24 von 36 StuRa-Mitgliedern anwesend. Der StuRa ist beschlussfähig.

### Tagesordnung

1 Begrüßung und Formalia.....	2
2 Finanzantrag 15/082 Wahlzettel.....	2
3 Info- TOP Verwaltungsrat des Studentenwerks.....	2
4 Antrag Sozialessen.....	5
5 Ini-Antrag, Finanzantrag Semesterparty der HSG 2015.....	6
6 Wahlen und Entsendungen.....	7
7 Finanzantrag 15/083 Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie.....	8
8 Antrag 15/078 Antrag Keine Unterstützung des Ref. GS.....	9
9 15/079 Gründung des Referats Vernetzung.....	10
10 Antrag 15/075 Antrag Neugründung Projektgruppe Bunter Abend.....	11
11 Finanzantrag Bunter Abend.....	11
12 Sonstiges.....	12

## 1 Begrüßung und Formalia

Die schriftliche Abstimmung des Antrags 15/054 GrO-Änderung (Entsendungen in Referate) ergab folgendes Abstimmungsergebnis: 21/5/0. Für eine Ordnungsänderung war eine Zweidrittelmehrheit und damit 25 Stimmen erforderlich. Der Antrag ist damit nicht angenommen.

Johanna Krüner zieht sich aus allen Referaten des Studentenrates zurück (laut der bekannten Aufzeichnungen handelt es sich hierbei nur um das Referat LuSt, das Referat Struktur prüft, ob die verwendete Mehrzahl Johannas Mail korrekt ist). Des Weiteren legt sie ihr Amt in der Kommission Qualität in Studium und Lehre (KQSL) nieder.

Holger Herzberg legt sein Amt als Referent Politische Bildung nieder.

Für die Kommission Qualität in Studium und Lehre (KQSL) werden aktuell 2 Posten (Vertreter + Ersatzvertreter) ausgeschrieben.

Die Anträge 15/068, 15/074, 15/075, 15/076, 15/077, 15/078 und 15/079 sind in jedem Fall beschlussfähig, da die Beschlussfähigkeit bei der Sitzung am 10.09.15 vor der Behandlung dieser TOPs verloren gegangen ist.

Zum StuRa- Protokoll vom 10.09. gibt es folgende Anmerkungen: gleich zu Beginn wurde ein Antrag auf Schließung der Sitzung gestellt, um Ruhe in den Raum zu bringen, dies steht nicht im Protokoll. Der Protokollant erwidert, dass es nicht notwendig ist Anträge auf Schließung der Sitzung zu vermerken, wenn sie nicht angenommen wurden. Im gesamten Protokoll sollte überprüft werden, dass die Euro- Zeichen an den entsprechenden Stellen eingesetzt werden, da dort bisher immer nur ein kleines e steht.

Im TOP 2 finden sich im Fließtext Zahlen ohne Sinn, die sollten entfernt werden. Im TOP zu den Protokollen ist den jeweiligen Nummern der TOPs nicht zu entnehmen. Es wird gebeten, zumindest die Überschriften der TOPs noch im Protokoll mit aufzunehmen. Es gibt keine weiteren Einwendungen gegen das Protokoll und es wird mit den o.e. Änderungen angenommen.

## 2 Finanzantrag 15/082 Wahlzettel

**Antragsteller:** Wahlausschuss (vertreten durch Sascha Schramm)

**Antragstext:** „Der StuRa möge beschließen 1000 € für den Druck der Stimmzettel für die diesjährigen FSR-Wahlen bereitzustellen.“

**Begründung:** „Ergibt sich aus den Pflichtaufgaben der Studentenschaft. Es soll eine Auflage von 11000 Stück bestellt werden.“

Es liegen liegen drei Angebote vor, aber ist nur ein Angebot dabei, das unseren Anforderungen gerecht wird, da es über das Internet nicht möglich ist farbiges Papier in der Form bedrucken zu lassen, wie wir es benötigen. Zunächst sollen 11.000 Stimmzettel gedruckt werden zu einem derzeitigen Preis von 750 Euro. Die Zahl 11.000 resultiert aus der letztjährigen Wahlbeteiligung und hat noch einen Puffer von 10%. Die Differenz zur Antragssumme ist dafür da, dass kurzfristig noch nachgedruckt werden kann. In dem Angebot sind auch noch 1500 unbedruckte farbige Zettel im Preis inbegriffen.

Der Antrag wird o.G. angenommen

## 3 Info- TOP Verwaltungsrat des Studentenwerks

Andre stellt sich kurz vor. Er ist studentisches Mitglied im paritätisch besetzten Verwaltungsrat (VR) des Studentenwerks (StuWe). In seinem TOP geht es um eine Vorstellung dessen, was

zuletzt im Bereich Mensen passiert ist, was die studentischen VR- Mitglieder bisher getan haben und was als Ausblick in die Zukunft gegeben werden kann. Im August 2014 gab es die Information von Seiten des StuWe, dass eine erhebliche Erhöhung des Semesterbeitrages notwendig wird. Es handelte sich um eine Beitragserhöhung von 10% des Beitrages für die Hochschulgastronomie. Damals wurde im StuRa vorgestellt, wieso diese Erhöhung nötig ist. Eins der Ergebnisse der damaligen Verhandlungen war, dass eine Kommission des VR geschaffen werden sollte, die u.a. überprüfen sollte, wie es zu solchen extremen Preissteigerungen kommen konnte. Die Kommission wurde tatsächlich eingerichtet. Ihr gehören als stimmberechtigte Mitglieder des VR an: Jessica Rupf und Andre Lemme als studentische Vertreter und Frau Nihues (Kanzlerin der HTW) und Frau Hollstein (Kanzlerin HS Zittau- Görlitz). Weitere Gründe für die Einrichtung der Kommission aus studentischer Sicht war neben der Beitragserhöhung ein mangelnder sozialer Fokus im Bereich Mensen, der den Ausschluss bestimmter (sozial schwacher Nutzer) aus dem Mensa- System in Kauf nimmt. Auch die großen Abweichungen von Plan und Ist im Wirtschaftsplan im Bereich Mensen wurden kritisch gesehen.

Andre zitiert in seiner Präsentation aus der Erhebung der sozialen Lage der Studierenden in Deutschland, im Speziellen aus der Bereichsauswertung für das StuWe Dresden. Aus dieser ist eine allgemein angespannte Lage in Bezug auch auf die Benutzung der Mensen zu verzeichnen. So gibt es 10% sogenannte Mensaverweigerer und 17% Studierende, die ein schlechtes Preis-Leistungs- Verhältnis konstatieren. 25% der befragten Studierenden gaben an, nie oder nur einmal pro Woche in die Mensa zu gehen. Diese Nutzer zahlen mit ihren Beiträgen also drauf. Aus der Auswertung geht auch hervor, dass die Studierenden in Dresden 151 Euro pro Monat für Ernährung aufwenden. Als weiteres

Problem wird dargestellt, dass die Mitarbeiter nicht immer den vollen Aufschlag auf das gestützte Essen zahlen. Die Angestellten profitieren z.T. von den Beiträgen der Studierenden. Auch die Nichteinhaltung der Vereinbarungen mit dem StuWe in Bezug auf das Angebot der Essen in der niedrigsten Preiskategorie bis zum Preis von 2,10 € wird verdeutlicht und kritisch gesehen. Des Weiteren wird auch der Widerstand erwähnt, den es in Bezug auf die Einrichtung der Kommission von Seiten des StuWe gab. Dabei gab es sehr wohl die Notwendigkeit wirtschaftlich problematische Projekte auf den Prüfstand zu stellen und zu schauen, an welchen Stellen es möglicherweise noch Einsparpotentiale gibt.

Daraus leitet sich ab, dass die studentischen VR- Mitglieder mit entsprechenden Erwartungen an die Beratungen der Kommission gegangen sind. Neben den bereits angesprochenen Feldern war es der Wunsch nach günstigen Angeboten für sozial schwache Studierende und nach transparenter Wirtschaftsführung ohne Überraschungen in Sachen Beitragserhöhung.

In einer ersten Sitzung wurde dargestellt, welche Erwartungen wir haben, woraufhin das StuWe dargestellt hat, dass es mit den Positionen der Studierenden Probleme hat. Das StuWe ist der Meinung, dass man bereits ausreichend sozial agiert. Als Beispiel wurde in dem Zusammenhang auf die Möglichkeit verwiesen, sogenannte Freitischmarken zu erhalten. Dabei wurde die Zahl von 4000 Essen genannt, die sich aber wieder dadurch relativierte, dass jeder, der solche Marken bekommt 25 Essen erhält, d.h. realiter handelt es sich um ca. 200 Begünstigte bei 45.000 Studierenden im Bereich des StuWe Dresden.

Von den Studierenden wurde die Einführung eines günstigen Essens zum Festpreis gefordert. Auf der dritten Sitzung der Kommission gab es die Einigung, dass zukünftige Beitragserhöhungen früher als bisher kommuniziert werden sollen, damit noch in der Vorlesungszeit darüber im StuRa

diskutiert werden kann. Das Essen der Kategorie 1 zum Festpreis wurde abgelehnt. Es wird dargestellt, wieso von den Studierenden die Forderung nach dem Festpreissessen erhoben wurde. Die sogenannten Mensaverweigerer finanzieren die Mensanutzer, Wenignutzer finanzieren Vielnutzer. Studierende, die aus finanziellen Gründen nicht mehr am Mensaessen teilnehmen, haben nichts mehr von der Umlage notwendiger Preiserhöhungen auf den Beitrag, da sie diesen auf jeden Fall zahlen müssen, egal ob sie in die Mensa gehen oder nicht. Ein Vorteil des Essens zum Festpreis ist, dass die Studierenden wissen, dass sie in jeder Mensa ein Essen zu diesem Preis bekommen können. Sie erhalten es ohne Bedürftigkeitsprüfung und haben grundsätzlich die Möglichkeit wieder von ihrem Beitrag zu profitieren. Ein Vorteil hierbei ist außerdem, dass der Preis per Beschluss festgelegt ist und nicht einfach so geändert werden kann. Momentan ist es jedoch so, dass das Ergebnis der Kommissionsarbeit lediglich ist, dass wir in Zukunft früher als bisher über Beitragserhöhungen informiert werden. Ansonsten bleibt alles beim Alten. Andre möchte mit Hilfe seiner Darstellung herausfinden, ob der StuRa das so akzeptabel findet oder ob der StuRa Forderungen an die VR- Mitglieder erheben will. Er selbst möchte auch die Chance nutzen ein Feedback von Leuten zu bekommen, die nicht so tief im System drinstecken, wie es die VR- Mitglieder tun.

Von einem Vertreter aus der FS E-Technik wird gesagt, dass es tatsächlich Ärger in der FS über die fehlende Transparenz bei Preiserhöhungen, auch über hohe Essenspreise gegeben hat. Es wird erläutert wie der Essenspreis zustande kommt. Auf die Kosten für den Wareneinsatz wird ein prozentualer Aufschlag genommen, der u.a. die Produktionskosten, Zuschüsse des Landes usw. berücksichtigt. Es wird bemängelt, dass das mit den Cafeterien tatsächlich nicht so funktioniert wie ursprünglich gedacht, dass sie Überschüsse

erwirtschaften und damit den Bereich Mensen entlasten. Es wird gefragt, ob es Konzepte gibt, die problematischen Cafeterien in ihrer Wirtschaftlichkeit zu verbessern? Auch wird gefragt, wieso es denn beim letzten mal zu diesem Defizit kam? Als Gründe wurden vom Studentenwerk unter anderem der Umzug in das Zeltschlösschen, die Erhöhung der Personalkosten und der Umstand genannt, dass es zuvor lange keine Erhöhungen gegeben habe. Die studentischen VR- Mitglieder hielten das damals für nachvollziehbar bzw. konnten dem Studentenwerk nicht das Gegenteil beweisen, weswegen der Erhöhung damals auch zugestimmt wurde. Dennoch sollte in der Kommission nach Verbesserungspotential Ausschau gehalten werden. Es wird die Frage aufgeworfen, inwiefern man denn bei den zuvor genannten 25% davon ausgehen kann, dass diese wegen zu hoher Preise nicht oder selten in die Mensa gehen. Darauf wird geantwortet, dass es sich dabei zwar um keine gesicherte Erkenntnis handele, wohl aber um eine plausible Vermutung als deren Beleg darauf hingewiesen wurde, was bei der letzten direkten Essenspreiserhöhung passiert ist. Nach dieser sind nämlich die Zahlen bei den verkauften Essen zurückgegangen. Auch das StuWe ist sich an dieser Stelle klar, dass die Preissensibilität der Studierenden inzwischen einen Punkt erreicht hat, an dem man nicht einfach weiter an der Preisschraube drehen kann. Dennoch wird vorgebracht, dass es sehr wohl auch andere Gründe für eine Nichtnutzung der Mensen geben könne, z.B. der Umstand, dass man sich gar nicht mehr an der Universität aufhält oder dass einem die Schlangen an den Kassen oder Ausgaben zu lang sind, um die kurzen Pausen für das Essen nutzen zu können. Auch für die Bezuschussung des Mitarbeiteressens durch studentische Beiträge lassen sich gute Argumente finden, so sorgt diese für annehmbare Preise. Mitarbeiter gehen zu anderen Zeiten essen als die Studierenden und sorgen damit für eine

bessere Auslastung der Mensen und damit für eine Verringerung des Betriebskostenanteils am Essenspreis, sodass zu befürchten wäre, dass nach einer entsprechenden Änderung des Systems letztlich der Preis des Studierendenessens steigen würde, selbst wenn der Beitrag der Studierenden nun nur noch für das Essen derselben verwendet würde. Ohnehin klagen viele Mitarbeiter bereits jetzt über die Höhe der Essenspreise, manche lassen sich ihr Essen in die Büros liefern.

Auf die Aussage des StuWe, dass man mit den sogenannten Freitischmarken ausreichend dem sozialen Gedanken nachkommen würde, wird erwidert, dass die explizit notwendige Beantragung eine sehr große Hemmschwelle darstellen würde. Daher könnte ein anderes System durchaus eine Überlegung wert sein, um wieder mehr sozial schwache Studierende in den Kreis der Mensanutzer zu bekommen. Es wird auch nachgefragt, wie gut man sich von StuWe- Seite derzeit an die Vereinbarung zum Thema Essen in der Preiskategorie 1 (unter 2,10 €) hält. Es wird erwidert, dass das StuWe sich nicht regelmäßig daran hält und sich ggf. auf das Feld Auflauf oder Nudelgericht zurückzieht. Zum wiederholten mal wird im Verlauf der Diskussion der Ruf nach mehr Transparenz laut. Manch einer fühlt sich schon geneigt, die ganzen Mails, die sonst aus dem Bereich StuWe kommen als Spam anzusehen, d.h. dort existieren Kommunikationskanäle, die dann bei notwendigen Preiserhöhungen nicht ausreichend genutzt werden.

In einem Redebeitrag wird von einem früheren Mitglied des VR berichtet, wieso man anstelle der direkten Preiserhöhung beim Essen in der Vergangenheit lieber die Semesterbeiträge erhöht hat. Sinn war es durch die Beiträge die entstandenen Unterdeckungen im Bereich Mensen auf möglichst vielen Schultern zu verteilen, damit die Essen auch weiterhin preislich stabil bleiben können. Dies war insbesondere als ein Zugeständnis an die sozial schwachen Studierenden gedacht. Ein ähnliches System wird auch beim

Semesterticket praktiziert. Diese Systeme haben aber nur eine Berechtigung, wenn sie grundsätzlich jedem der Beitragszahler die Möglichkeit geben auch in ausreichendem Maße an den Vorteilen zu partizipieren. Sollte es aber tatsächlich so sein, dass gerade sozial schwache Studierende nicht mehr Teil des Systems sind, da ihnen das Essen bereits jetzt zu teuer ist, dann ist auch die Grundlage für diese Umlage nicht mehr existent, weil dann der Grundgedanke in sein Gegenteil verkehrt würde und der Ausgleich nun zu Lasten der sozial Schwachen stattfindet, die ihren Semesterbeitrag zahlen müssen, egal ob sie nun in die Mensa gehen oder nicht. Es wird gefragt, wohin die staatliche Zuschüsse gehen und wie hoch der Anteil der Essen von Mitarbeitern am Gesamtumsatz ist. Die Zuschüsse gehen zu 100% in den Bereich Hochschulgastronomie, ca. 20% des Gesamtumsatzes bei den Essen kommt von den Essen der Mitarbeiter, wenn man den Beitragsanteil der Studierenden in die Rechnung mit einbezieht. Es wird gefragt, ob evtl. auch Leistungsverbesserungen für die Erhöhung der Beiträge ursächlich sein könnten. Darauf wird geantwortet, dass dies nicht Gegenstand näherer Erläuterungen in den Kommissionssitzungen war. Gleichwohl sähe man kleine Verbesserungen (wie z.B. die Kennzeichnung von Allergenen beim Essen und der Unterhalt einer Ökotrophologin beim StuWe ebenso der Ausbau des vegetarischen und veganen Essensangebotes), die jedoch nicht in dem Maße für die Beitragserhöhungen ursächlich sein könnten.

Es wird von einer Stigmatisierung gesprochen, die durch den Kauf dieses Essen geschehen könnte. Es wäre auch zu befürchten, dass es zu Qualitätseinbußen beim Essen kommen könnte. Auch bei der Menge der nachgefragten Essen könnte es schnell passieren, dass die entsprechenden Essen zu schnell ausverkauft sind. Diesen Aussagen wird von mehreren Mitgliedern des Gremiums widersprochen. Würde man in einer

entsprechenden Vereinbarung dafür sorgen, dass bei Ausverkauf des Sozialessens das Essen der nächsthöheren Preiskategorie zum Festpreis angeboten werden müsste, dann würde man sehr wohl sicherstellen können, dass das Essen in ausreichendem Maße vorhanden ist. Auch von einer Stigmatisierung könne keine Rede sein, da es sich einerseits bei dem Namen Sozialessen momentan nur um einen Arbeitstitel handelt, den man sehr wohl umgestalten könne und andererseits die Stigmatisierung ja dann wohl auch jetzt schon geschehe, jedes mal wenn jemand ein Essen der Preiskategorie 1 konsumiert.

Es wird angeregt, die Präsentation an die Mitglieder zu versenden. Es wird gewünscht weiterhin den Druck aufrecht zu erhalten, damit die Politik mal zur Kenntnis nimmt, dass sie die Angestellten an der TU nicht schlechter stellt als die Mitarbeiter in den Kantinen für Landesbedienstete.

#### 4 Antrag Sozialessen

Vieles des zuvor Genannten steht nun auch im Zusammenhang mit diesem Antrag. Den bereits angedeuteten Problemen einiger Gegner des Antrages wird zunächst entgegengehalten, dass der StuRa zwar den studentischen VR-Mitgliedern nicht weisungsberechtigt ist, es jedoch für dieselben sicher ein sehr guter Maßstab ist, was die Vertretung der Studentenschaft will. Insofern ist der Einfluss studentischen Willens auf die Entscheidungen im VR sicher so am besten gewährleistet.

Über die im Antrag erwähnte ausstehende Zustimmung zum Wirtschaftsplan (WP) könne ausreichend Druck auf das StuWe ausgeübt werden. Es gehe bei diesem Antrag darum, den studentischen Mitgliedern des VR ein starkes Mandat für die Verhandlungen mit auf den Weg zu geben. Auf das Argument vermeintlicher Stigmatisierung durch ein Sozialessen wird erwidert, dass auch der Wegfall der Möglichkeit mit seiner Peer-

Group in die Mensa gehen zu können, eine Form von Stigmatisierung sei. Dass die Einkommenssituation immer hinter der Preissteigerung hinterher laufe, sei auch keine wirklich neue Erkenntnis und wird sicher von niemandem bestritten. In der Diskussion um den vermeintlichen Nachteil eines Festpreises wird u.a. geäußert, dass ein Festpreisesen keine Stigmatisierung sei, auch jetzt gebe es ein Essen der Kategorie 1 und keiner könne sich erinnern, dass das mal Gegenstand eines Gesprächs gewesen wäre, dass man immer nur das Essen 1 nimmt. Es ist auch klar, dass das neue Festpreis/ Sozialessen nicht diesen Namen bekommen muss. Es kann auch weiterhin Essen 1 heißen. Gegen die Befürchtungen von Qualitätseinbußen lässt sich vorbringen, dass aktuell ja noch nicht über die Höhe des Festpreises verhandelt wurde. Bedenkt man, dass das Essen 1 bisher maximal 2,10 € kostet, dann wäre z.B. bei einem Festpreis von 2,10 € auch nicht von einem Qualitätsverlust auszugehen. Außerdem kann es ja auch weiterhin die Quersubventionierung über die höherpreisigen Essen geben. Es wird angemerkt, dass sich die Frage stellt, inwiefern diese Essen dann den Ansprüchen von Vegetariern oder Veganern genügen. Darauf wird erwidert, dass man mit einer Lösung nicht alle Probleme angehen kann, sondern eben nur das Problem, das vorgestellt wurde (Wegfall der Möglichkeit der Mensanutzung aufgrund höherer Essenspreise). Es ist notwendig endlich einmal Druck auf das StuWe auszuüben. Der Festpreis führe zu mehr Transparenz und auch zu besserer Planbarkeit der Einnahmen. Sollte es doch zu kurzfristigen Einbußen kommen, stehen noch Mittel im Haushalt bereit, auf die notfalls zurückgegriffen werden könnte. Dem wird jedoch entgegengehalten, dass es ausreichen müsste, einfach auf die Einhaltung der früheren Vereinbarung zu pochen und das auch zu überwachen. Darauf wird erwidert, dass der StuRa bisher die Möglichkeit der Überwachung

kaum genutzt hat und dass es auch unwahrscheinlich ist, dass man auf diesem Weg etwas erreichen wird. Als weitere Idee wird vorgebracht, dass man doch einmal darüber nachdenken könnte, ob man das Mitarbeiteressen auch von einer Beitragszahlung abhängig macht oder aber einen Anreiz setzt, dass beitragszahlende Mitarbeiter den rabattierten Preis zahlen.

Es wird angeregt Vertreter des StuWe einzuladen, ihre Position vor dem StuRa zu präsentieren. Dem wird entgegnet, dass es wohl klar sei, welche Position das StuWe vertreten wird. Die Meinungen könne man sich aus den Argumenten der Gegner des Antrages selbst zusammenreimen, außerdem sollte es nicht das Bestreben des StuRa sein, die eigenen Wünsche und Meinungen von den Meinungen Dritter abhängig zu machen, Forderungen kann man immer erheben, was dann umsetzbar ist, müssen die Verhandlungsführer der studentischen Seite ausloten und erkämpfen. Des Weiteren ist die zeitliche Schiene nicht zu vernachlässigen. Wenn die Vertreter des StuWe zur nächsten Sitzung kommen, dann ist die Sitzung des VR zum Wirtschaftsplan bereits gelaufen. Insofern hat es wenig Sinn zum jetzigen Zeitpunkt die Entscheidung über den Antrag von der Anwesenheit der StuWe- Vertreter abhängig zu machen. Mit der Entscheidung für diesen Antrag kann man den studentischen Vertretern ein starkes Mandat für Verhandlungen an die Hand geben. Es gehe also lediglich um die Frage, ob man dem Antrag und dessen Inhalten zustimmen könne oder nicht. Auf den Wunsch, die Sache vielleicht etwas länger zu verhandeln, wird erwidert, dass die Kommission bereits seit fast einem Jahr Änderungen debattiert und eben, wie im TOP zuvor gesehen, sich nichts bewegt hat. Es wird auch eine Sondersitzung nur zu diesem Thema angeregt, nach Auszählung der Vertreter, die in der folgenden Woche anwesend sein könnten, wird dieser Plan wieder verworfen.

Es gibt einen **Änderungsantrag** von David Färber: „Streiche im Antragstext

„zu einem Festpreis“ und ersetze durch „in der Preiskategorie 1“. Ergänze am Ende: Der StuRa kommuniziert die Preisspanne der Preiskategorie 1 über seine Kanäle.“

Gegen diesen Änderungsantrag wird vorgebracht, dass er eigentlich nichts anderes macht als den aktuellen Stand zu sanktionieren und es dem Antragsteller gerade darum gehe, die aktuelle Situation nicht in Erstarrung verfallen zu lassen, sondern zu verbessern. Wäre dieses System so gut, dann gäbe es vermutlich nicht diesen hohen Anteil an Mensanichtnutzern. Der Festpreis wird als transparent, gut überprüfbar und gut zu kommunizieren dargestellt.

Es wird die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll wäre die studentischen VR-Mitglieder mit einem derart konkreten Antrag in ihrer Verhandlungsführung einzuengen. Dem wird entgegen gehalten, dass ein anwesendes Mitglied des VR den Antrag explizit unterstützt und das andere anwesende Mitglied sich in keiner Weise negativ positioniert hat, insofern sich die Frage nach einer Einengung der Position nicht stellt. Auf diesen Redebeitrag erhebt sich tatsächlich vom zweiten anwesenden VR-Mitglied der Vorwurf, er fühle sich über den Antrag zu schlecht informiert und überfahren, auch fehle es ihm an Informationen. Diese Aussage wird in Zweifel gezogen, da die grundlegenden Informationen auch in den vorherigen Jahren seiner Amtszeit keine anderen wären als die in diesem Jahr.

Der Änderungsantrag wird mit 5/12/5 abgelehnt.

Der nicht geänderte Antrag wird mit 17/1/4 angenommen.

Nach einer Beratungspause wird die Beschlussfähigkeit erneut mit 21 anwesenden StuRa- Mitgliedern festgestellt.

## 5 Ini-Antrag, Finanzantrag Semesterparty der HSG 2015

**Antragsteller:** IG Börse, VWI, PAUL Consultans, Elbflorace, vertreten durch Andreas Lesch von der IG Börse

**Antragstext:** „Der Studentenrat möge der gemeinsamen Semesterparty der Hochschulgruppen zur Anwerbung von neuen Mitgliedern und Steigerung der Bekanntheit der beteiligten Hochschulgruppen mit 750 Euro fördern.“

Den beteiligten Hochschulgruppen (HSG) geht es, wie dem Antragstext bereits zu entnehmen ist, um die Steigerung des eigenen Bekanntheitsgrades und die Werbung von neuen Mitgliedern, da es in der letzten Zeit immer schwieriger geworden ist, Mitglieder zu gewinnen. Daher möchte man gezielt auch an die Erstsemester herantreten, da diese meistens noch nicht so gefestigt in ihrem Umfeld sind und daher noch für neues zu gewinnen sind.

Die Kalkulation für die Veranstaltung muss zunächst am Rande der Sitzung kopiert und verteilt werden. Anwesende Mitglieder des Förderausschusses (FöA) geben an, dass es keine Mail an den FöA gab durch den Antragsteller gab, auch könne man bei dem Veranstaltungstermin 5.11. nicht von einer derartigen Dringlichkeit reden, dass die Sache nicht auch noch vor dem FöA behandelt werden könne. Dem wird entgegengehalten, dass es sich bei dieser Veranstaltung um einen ersten Versuch handelt, vieles noch neu ist und es daher besser wäre, wenn man bereits etwas früher Sicherheit hätte. Auf die Frage, ob man auch noch andere HSG ins Boot holen wolle erwidert der Antragsteller, dass man in genau dieser Konstellation der HSG ein Volleyballturnier durchgeführt und gute Erfahrungen gemacht habe. Auf den Einwand, dass der StuRa Partys nur im Rahmen von Ausfallbürgschaften fördert, gibt der Antragsteller an, dass eine Planung in Form einer Ausfallbürgschaft sehr schwierig ist, da man noch auf keinerlei Erfahrungen zurückgreifen kann und

daher auch nicht ausgeglichen planen könne. Daraufhin wird der Vorschlag gemacht die Party zu einer Info-Veranstaltung umzudeklarieren. In diesem Zusammenhang wird auch der Aussage widersprochen, dass so eine Party ein schlechter Rahmen für die Akquirierung neuer Leute wäre, denn ganz im Gegenteil wären solche Veranstaltungen gut geeignet ein lebendiges Vereinsleben zu zeigen und ein Wir-Gefühl zu erzeugen, auf dem man gut aufbauen kann. Es wird ein Vergleich zu den ESE-Veranstaltungen gezogen, wo das Prinzip ähnlich gut funktioniert. Erneut wird die Frage aufgeworfen, ob die Ausfallbürgschaft nicht die bessere Lösung wäre und ob der StuRa im schlimmsten Fall bereit ist 750 Euro für den Vernetzungsgedanken auszugeben. Darauf wird erwidert, dass es auf dem Campus andere Gruppierungen wie z.B. MLP versuchen auf diese Art und Weise Kunden und auch Mitarbeiter zu gewinnen, wo dann immer wieder ahnungslose Erstsemester in die Falle gelockt werden und viel Geld verlieren. Die o.g. Initiative könne man auch als Gegenprogramm dazu ansehen. Es wird angefragt, ob denn in das Arteum mehr als die zunächst geplanten 500 Teilnehmer passen. Nach Aussage des Antragstellers ist Platz für bis zu 1000 Leute.

Die Getränke laufen über das Arteum, weswegen sie in der Finanzierungsplanung nicht mit erscheinen.

Es gibt einen **Änderungsantrag** von Sascha Schramm: „Kürze die Summe des StuRa auf 350 Euro“

Er begründet den Antrag damit, dass die Hochschulgruppen selbst Geld zur Verfügung haben und je 100 € beisteuern könnten, das macht in Summe 400 € durch die HSG selbst.

Da keine inhaltlichen Argumente für die Kürzung geliefert wurden, wird der Änderungsantrag abgestimmt und mit 5/11/3 abgelehnt

Es wird wieder darauf hingewiesen, dass eine Ausfallbürgschaft die besser Lösung ist. Ist der StuRa bereit 750 Euro für

diesen Vernetzungsgedanken im schlimmsten Fall bis zur vollen Höhe auszugeben? Konkurrenz (MLP) versucht so etwas auch, um auf die Art und Weise Mitarbeiter und Kunden zu gewinnen, da werden u.U. oft Erstsemester in eine Falle gelockt. Die Initiative wird als Gegenprogramm dazu angesehen. Im Arteum ist noch mehr Platz als momentan kalkuliert, es könnte also noch zusätzliche Einnahmen stehen. Die Getränke werden durch das Arteum gestellt, daraus lassen sich also keine Einnahmen generieren und daher tauchen sie nicht in der Finanzplanung auf. Gegen den Gesamtantrag erfolgt eine formale Gegenrede. Der Antrag wird 14/1/5 angenommen.

Die Sitzung wird um 22:50 Uhr um eine Stunde mit 13/4/1 Stimmen zunächst nicht verlängert. Nach erneuter Feststellung der Beschlussfähigkeit mit 20 anwesenden StuRa-Mitgliedern wird die Sitzung mit 16/3/0 um eine Stunde verlängert.

## 6 Wahlen und Entsendungen

Für die Wahl in den Wahlausschuss wird eine Zählkommission aus Hans Reuter, Andreas Spranger und Matthes Leicht ohne Gegenrede gebildet.

### Wahlausschuss

**Antragsteller:** Martin Rehwald  
**angestrebter Tätigkeitsbereich:** Wahlausschuss

**Begründung:** „Liebe Plenumsmitglieder, hiermit bewerbe ich mich für den Wahlausschuss 2015/16. Ich studiere im 10.Semester Physik und bin schon seit 1,5 Jahren im FöA. Im letzten Jahr habe ich die Organisation der FSR Wahlen für die Physik übernommen und dort bereits einige Erfahrung über Wahlen gesammelt. Außerdem bin ich sicher, dass ein voll besetzter Wahlausschuss die Aufgaben besser aufteilen kann und somit jeder einzelne besser entlastet wird. Das sind die Gründe für meine Bewerbung.“

Aus dem Plenum gibt es mehrere Fürsprachen und Martin versichert sich mit der Wahlordnung auseinanderzusetzen und sie zu lesen.

Die Zählkommission verkündet nach Stimmenauszählung, dass Martin mit 19/0/0 in den Wahlausschuss gewählt wurde.

### Referat Struktur

**Antragstellerin:** Virginia Sengewald  
**angestrebter Tätigkeitsbereich:**

Referat Struktur

**Begründung:** „Liebes Plenum, ich bin Virginia Sengewald, studiere WiWi im 5. Semester und möchte das Referat Struktur bei der Übersetzung der Ordnung ins Englische unterstützen.

Leider kann ich nicht persönlich zur Sitzung erscheinen, da ich bei den nächsten beiden Sitzungen 20 zeitlich verhindert bin und danach im Auslandspraktikum.  
Viele Grüße“

Der Referent Struktur legt dar, dass Virginia sich gemeldet und vorgestellt hat, aber leider nicht zur Sitzung erscheinen kann, sie würde jedoch zur nächsten GF-Sitzung kommen. Er hält die Übersetzung der Ordnungen für ausländische Studenten aber für wichtig und begrüßt daher ihr Engagement und empfiehlt eine Wahl in Abwesenheit. Die Frage, nach welchem Englisch (britisches Oxford-Englisch oder amerikanisch) kann zunächst nicht beantwortet werden, wurde jedoch auf der folgenden GF-Sitzung geklärt: Es wird nach britischem Oxford-Englisch übersetzt. Die Kommunikation während des Auslandsaufenthalts wird über E-Mail sichergestellt und ist so abgesprochen.

Virginia wird mit 18/0/1 in das Referat Struktur entsendet.

### Referat Internet

**Antragstellerin:** Virginia Sengewald  
**angestrebter Tätigkeitsbereich:**

Referat Internet

**Begründung:** „Liebes Plenum, ich bin Virginia Sengewald, studiere WiWi im 5. Semester und möchte das Referat Internet bei der Übersetzung der Website ins Englische unterstützen.

Leider kann ich nicht persönlich zur Sitzung erscheinen, da ich bei den nächsten beiden Sitzungen 20 zeitlich verhindert bin und danach im Auslandspraktikum.

Viele Grüße“

Ohne weitere Diskussion wird Virginia mit 18/0/1 auch in das Referat Internet entsandt.

## 7 Finanzantrag 15/083 Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie

**Antragsteller:** Referat Gleichstellungspolitik

**Antragstext:** „Der StuRa möge beschließen 3.675,00 € für die Veranstaltungen und Bewerbung Aktionstage gegen Sexismus & Homophobie 2015 zu beschließen.“

**Begründung:** „Siehe Anhang.“

Hans stellt den Antrag vor und legt dar, dass die Veranstaltung in den letzten Jahren immer sehr erfolgreich war.

Grundsätzlich findet der Antrag aus dem Plenum viel Fürsprache, da sie viele Besucher anzieht, starkes Interesse vorhanden und eine solche Aktion im Namen des StuRa wünschenswert ist. Jedoch wird kritisiert, dass das Thema sehr einseitig und feminismuslastig betrachtet wird und eine Selbstlegitimation des Feminismus erfolgt. Diese Kritik wurde bereits in der Vergangenheit gebracht, aber scheinbar ignoriert, deswegen wird gewünscht eine pluralistische Veranstaltung zu erstellen und das Angebot in alle Richtungen zu erweitern. Ob diese Suggestion durch die gewählten Themen wirklich stattfindet, wird nicht von allen geteilt, vor allem nicht die Auflage, dass das Referat

Gleichstellungspolitik selbst, in aktueller Besetzung, pluralistischer aktiv werden soll, stattdessen sollen die Kritiker sich selbst in die Veranstaltung mit einbringen oder Änderungsanträge, bspw. auf Streichung einzelner Vorträge und Workshops stellen.

Hans stellt noch einmal dar, dass die Veranstaltung verschiedene Ansätze vorstellt, die natürlich grundsätzlich eine Richtung verfolgen, jedoch ist die Bandbreite voll abgedeckt. Es können jedoch nicht wie zum Teil gewünscht, Standpunkte bereits existierender Gleichstellung dargestellt werden, da sie nicht existiert. Grundsätzlich ist das Ziel nicht eine bestimmte Meinung zu formen, sondern eine Veranstaltung der politischen Bildung mit Richtungsweisen auszurichten.

Im Laufe der Debatte wurde vermehrt der Antrag an die Geschäftsordnung gestellt, die Schluss der Redeliste zu schließen, da nicht alle Details im Plenum besprochen werden müssen, sondern man den Antragstellern in gewisser Hinsicht vertrauen oder sie durch eigene Beiträge unterstützen sollte. Der Antrag wird jedoch mehrfach mit dem Argument abgelehnt, dass es Aufgabe des Plenums ist, sich kritisch mit der Veranstaltung auseinanderzusetzen, insbesondere da sie letztes Jahr trotz ähnlicher Kritik unverändert stattgefunden hat.

ÄA1 Markus Peller: „von 3675 auf 3000 € (-675 €) Wegfall Strafrecht + Konsensprinzip“

ÄA2 Markus Peller: „auf 3390 (-285 €) steiche Familienbilder“

Es wird zudem kritisiert, dass es durchaus auch andere seriöse Organisationen, wie die katholische Kirche gibt, die andere Familienbilder vertreten, aber nicht angefragt wurden. Diese Ansichten seien als „normal“ und nicht „extrem“, wie bspw. jene von rechten Gruppierungen anzusehen. Es wird die Behauptung

aufgestellt, dass das traditionelle Familienbild von möglichen Referenten als faschistisch bezeichnet wird. Dem wird entgegnet, dass Vertreter des traditionellen Familienbildes selbst eine starke Lobby haben und diese vor kurzem auch in Stuttgart demonstriert haben und entsprechende Gegendarstellungen benötigen.

Außerdem wird die Befürchtung geäußert, dass das Sexualstrafrecht dahingehend reformiert werden soll, dass die Unschuldsvermutung gestrichen werden soll. Die Sorge wird jedoch ausgeräumt, da einerseits die Referentin evtl. ausfällt und das Referat selbst nicht das Interesse verfolgt, die Unschuldsvermutung zu streichen.

Es wird kurz die Debatte angerissen, dass ein Referat keine Hochschulgruppe ist und daher eine allgemeine Meinung vertreten sollte und daher Pluralität in eigenen Veranstaltungen berücksichtigen muss.

Auf Nachfrage erläutert Hans, warum zum Teil Raummieten anfallen und nicht auf kostenlose Räume der TU zurückgegriffen wird. Am Samstag findet eine Veranstaltung im Kosmotik statt, dies ist ein Veranstaltungsraum in der Martin-Luther-Straße. Am Wochenende ist es grundsätzlich ungünstig Räume der TU zu nutzen. Außerdem hat man dort bereits gute Erfahrung gemacht.

Hans erläutert, dass es die Überlegung gibt im nächsten Jahr einen Vortrag über verschiedene Geschlechterbilder in verschiedenen Religionen zu integrieren.

Die Sitzungszeit wird um 23:55 Uhr mit 14/1/3 um eine weitere Stunde bis 01:00 Uhr verlängert.

Ab 00:15 Uhr ist Beschlussfähigkeit mit 15 anwesenden Plenumsmitgliedern nicht mehr gegeben und es werden nur noch Anträge behandelt, die in jedem Fall beschlussfähig sind. Die Anträge 15/072,

15/080, 15/083 können somit nicht mehr behandelt werden und sind auf der nächsten Sitzung in jedem Fall beschlussfähig.

## 8 Antrag 15/078 Antrag Keine Unterstützung des Ref. GS

**Antragsteller:** Markus Peller

**Antragstext:** „Das Plenum weist die GF an, die Unterstützung des Referates Gleichstellung für den Aufruf: Schweigemarschstopp (Für unbefleckte Abtreibung Gegen den Schweigemarsch der Fundamentalistinnen am 1. Juni in Annaberg-Buchholz) mit sofortiger Wirkung zu unterbinden“

**Begründung:** Siehe Screenshot in Sitzungsunterlagen.

Markus stellt den Antrag vor. Der Geschäftsführer für Hochschulpolitik war in Kenntnis von den Aktivitäten des Referats. Ein allgemeinpolitisches Mandat zur Unterstützung einer solchen Veranstaltung ist jedoch nicht gegeben. Die Brisanz des Themas wird daran deutlich, dass der Fraktionszwang im Bundestag dazu aufgehoben ist. Das StuRa-Plenum kann eine solche Entscheidung für 30.000 Leute treffen.

Es wird richtiggestellt, dass es in Deutschland keinen Fraktionszwang, sondern allenfalls eine Fraktionsdisziplin gibt.

Die grundsätzliche Ansicht des Plenums ist, dass eine solche Teilnahme bzw. ein Aufruf dazu durch ein StuRa-Referat durchaus möglich ist, jedoch sollte bei derart brisanten Themen das Plenum befragt werden und einen Beschluss fassen. Es gibt auch weiterreichende Meinungen, dass der StuRa grundsätzlich keine Position bei brisanten Themen beziehen sollten, erst recht keine Referate im Alleingang. Die rechtliche Situation

lässt es nach aktueller Interpretation durchaus zu, dass der StuRa bei diesem Thema Stellung bezieht, obwohl kein allgemeinpolitisches Mandat vorliegt, da Studenten durchaus selbst von einer solchen Entscheidung betroffen sein können und wir einerseits den Auftrag haben, diese zu vertreten und andererseits auch den Auftrag haben, politisch bildend in diesem Bereich zu sein.

Laut Hans ist die Demo nicht so extrem, wie dargestellt, da nicht erreicht werden soll, dass alle abtreiben, sondern nur die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst und entkriminalisiert werden. Es geht letztlich nicht darum wie man persönlich Abtreibung findet, sondern wie das Strafrecht damit umgeht. Es wird angebracht, dass hier eine Verharmlosung der Debatte stattfindet, es geht um Mord und der Blockade von Demonstrationen. Die Abtreibungsdebatte geht deutlich weiter als hier bisher darstellt, will sich der StuRa wirklich auf höchster Ebene damit auseinandersetzen? Dann müssten Fragen geklärt werden, wie: Ist ein Mensch ein Mensch? Welche Rechte wiegen mehr: Frau oder Kind?

Es wird diskutiert, ob es relevant ist, wenn nur ein Referat des StuRa oder der gesamte StuRa zu einer Demonstration aufruft. Man spricht sich jedoch mehrheitlich dafür aus, dass Referate den StuRa in seiner Gesamtheit repräsentieren und somit kein Unterschied besteht. Die Frage was Referate dürfen und was nicht, ist nicht Teil des Antrags, sondern sollte in einem eigenen TOP gesondert behandelt werden. Bei diesen Fragen darf die Handlungsfreiheit der Referate jedoch nicht zu weit eingeschränkt werden, wenn in Zukunft alles durch das Plenum vorbesprochen wird, blockieren wir uns nur selbst.

Abtreibung ist ein Urthema der Gleichstellung, wenn wir das nicht behandeln wollen, müssen wir das Referat umbauen oder abschaffen. Dem wird

entgegengehalten, dass noch ausreichend weitere Aufgaben im Bereich Gleichstellung existieren.

Es ist vermutlich nie möglich 35.000 Studenten zu einer Meinung zu bewegen, daran würde auch eine studentische Vollversammlung nichts ändern.

ÄA FSR WiWi, i.V. Matthias Lüth:  
Begründung  
Positivformulierungen bei diesem kontroversen Thema scheint angebracht.

Der Änderungsantrag wird vom Antragsteller nicht übernommen, da das Ziel des Antrags nicht eine inhaltliche Debatte zu dem Thema ist, sondern eine Nichtpositionierung. Es wird angemerkt, dass eine Nichtpositionierung nicht möglich ist, auch eine Entfernung von der Unterstützerliste wäre eine Positionierung. Der Sitzungsvorstand erklärt nach einem Hinweis aus dem Plenum, dass bei Annahme des Änderungsantrags eine wesentliche Veränderung des Antrags vorliegt und dieser dann nicht mehr in jedem Fall beschlussfähig ist. Nach formaler Gegenrede wird der Änderungsantrag mit 7/7/2 abgelehnt.

Es wird am Rande erwähnt, dass Annaberg-Buchholz zu weit weg ist und wir uns bei geografisch entfernten Demonstrationen grundsätzlich nicht beteiligen sollten. Dies wird jedoch mehrfach zurückgewiesen, u.a. am Beispiel „Kürzer gehts nicht“ in Leipzig.

Es wurden im Verlauf der Diskussion mehrfach Anträge an die Geschäftsordnung gestellt, die Debatten sofort zu beenden oder die Redeliste zu schließen, diese werden jedoch abgelehnt, da man heute die Möglichkeit hat mit dem Referenten Gleichstellungspolitik persönlich über das Thema zu sprechen.

Hans: Die Frage sollte durchs Plenum gestellt und auch beantwortet werden.

Aufruf ist nicht mehr aktuell, Marsch ist vorbei. Anlass ist natürlich noch aktuell. Inhaltliche Grundlagen sind im Plenum nicht vorhanden. Moralische Bewertung steht nicht im Vordergrund: Ist das Mord oder nicht. Es geht um die Entkriminalisierung der Abtreibung an sich. Beugt sich dem Plenum.

Der Gesamtantrag wird nach formaler Gegenrede mit 10/4/1 angenommen.

## 9 15/079 Gründung des Referats Vernetzung

**Antragsteller:** Marius Walther

**Antragstext:** Der StuRa beschließt das Referat Vernetzung mit der angehängten Aufgabenbeschreibung zu gründen.

**Begründung:** siehe Aufgabenbeschreibung im Anhang und mündlich

Nach einem Antrag an die Geschäftsordnung die Referatsgründung auf die nächste Sitzung zu vertagen, wird dies nach formaler Gegenrede mit 13/1/1 so bestätigt.

## 10 Antrag 15/075 Antrag Neugründung Projektgruppe Bunter Abend

**Antragsteller:** Marius Walther

**Antragstext:** „Hiermit beantrage ich die Neugründung der Projektgruppe „Bunter Abend“ im Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Sie soll bis nach vollständigen Abschluss der Veranstaltung bestehen. Die Mitglieder im Projekt wären neben mir, Fabian Köhler und Jonas Golde. Als Projektleiter stelle ich mich zur Verfügung. Die Projektgruppe soll für die Planung, Werbung und Durchführung der Veranstaltung zuständig sein. Es handelt sich um eine Neugründung, da Eric Hattke sowie Robert Schlick aus der Projektgruppe ausscheiden. Außerdem soll damit ermöglicht werden, bei Bedarf AE zu beantragen.“

**Begründung:** Siehe Finanzantrag und

mündlich.

Marius stellt den Antrag auf Neugründung der Projektgruppe und erklärt, dass dieses Mal auch AE beantragt werden können.

Der Antrag erhält mehrfach Fürsprachen, es wird unter anderem vorgeschlagen, die Projektgruppe im Referat Kultur zu verstetigen, dies wird dann für die dritte Ausrichtung angepeilt.

Andreas: Verstetigung, bspw. im Referat Kultur.

Die Projektgruppe wird ohne Gegenrede gegründet.

## 11 Finanzantrag Bunter Abend

**Antragsteller:** Projektgruppe Bunter Abend

**Antragstext:** „Der StuRa möge beschließen, 700€ zur erneuten Durchführung und 5 Bewerbungen des Bunten Abends der Fachschaftsräte zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren soll die Ausleihe von Technik sowie Plakatpappen des StuRa für die Bewerbung und Durchführung des Bunten Abend ohne Kautions- und Gebühren stattfinden.“

**Begründung:** „Wie schon letztes Jahr soll auch dieses Jahr der Bunte Abend der Fachschaftsräte stattfinden. Er dient der Vernetzung der FSR untereinander, der Förderung des kulturellen Lebens der Studentenschaft sowie soll er als Werbung für den StuRa und der FSR unter den Studenten sorgen. Der Bunte Abend soll am 12.11.2015 um 19:00 Uhr im Treffbau/Physik stattfinden.

Zu den einzelnen Posten:

Die Plakate A1 werden auf dem gesamten Hauptcampus aufgehängt. Die A2 Plakate werden an die FSR, Studentenclubs, Wohnheime verteilt und aufgehängt. Die Flyer sollen in die ESE-Tüten und werden auch überall verteilt. Die Gutscheine werden an die drei erstplatzierten vergeben.

Die Posten für Kleber und Lack ist mit

Abprache des GF Finanzen enthalten, da unsicher war, wer die Kosten für Plakatileim stellt. Dieser wird wohl nicht vollständig ausgeschöpft. Der Posten Dekoration ist enthalten, damit wir mögliche Gestaltungselemente anschaffen können, zum jetzigen Punkt ist noch nicht klar, ob und welche Form diese haben. Dieser Punkt ist auch sehr hochgeschätzt und wird wohl auch nicht vollständig ausgeschöpft. Der Posten Technik und Kautions ist enthalten, um die Ausleihe von anderen (geeigneteren) Zubehör zu ermöglichen. Der Posten Headliner wurde aufgenommen, damit die Möglichkeit besteht, auch ohne zutun dritter, einen angemessenen Headliner zur Abrundung des Abends stellen zu können. Die Gemagebühren werden niedriger ausfallen, dafür wird noch mit der Gema gesprochen. Der Finanzantrag ist mit Puffer geplant, so dass zu erwarten ist, dass nicht alle Gelder ausgeschöpft werden. Zur genauen Idee, hier nochmal die Projektidee aus dem Antrag des letzten Jahres:  
 Jeder Fachschaftsrat entsendet einen (oder mehrere) Vertreter zum Bunten Abend. Diese/r Vertreter präsentiert in einem zeitlichen Rahmen von ca. 5 bis 12 Minuten ein kurzes Unterhaltungsprogramm. Dies kann von A (wie Akrobatik) bis Z (wie Zauberei) alles sein. Dabei muss der/die Vertreter ein Student der TU Dresden sein. Für jeden Student der TU Dresden ist der Eintritt kostenfrei. Wir fänden es schön, wenn es zum Auftakt des Wintersemesters eine Veranstaltung gibt, an der möglichst alle Fachschaftsrate gemeinsam mitwirken und so die Vielfalt unserer Universität und der studentischen Selbstverwaltung nach außen transportiert werden kann. Die Sieger-FSR bekommt einen wunderschönen Wanderpokal. Die ersten drei Künstler würden Gutscheine im Wert von 50, 30 und 20 Euro bekommen. Die Sieger werden vorrangig durch eine dreiköpfige Jury durch Punktvergabe (1-5) ermittelt. Diese besteht aus jeweils einem

Vertreter der HfM, der HfBK und der Palluca Hochschule. Die genannten Hochschulen beschäftigen sich alle mit verschiedenen künstlerischen Themen. Können daher auch die Performance gut einschätzen und sind, da sie von anderen Hochschulen kommen, in ihrer Punktvergabe unabhängig. Jeder Zuschauer kann nach den gezeigten Acts eine Stimme durch Wahl abgeben. Die Künstler mit den drei meisten Stimmen erhalten nochmals 5 Punkte. So wird der Sieger aus einer unabhängigen Jury und zu einem geringeren Anteil vom Publikum gewählt.“

Marius stellt den Antrag vor und erklärt, dass der FSR WiWi 500 € zusätzlich zur Unterstützung des Bunten Abends bereitstellt. Die Werbung wurde bereits von der GF beschlossen. Leider kann die Veranstaltung nicht im Audimax stattfinden, da dieser schon belegt ist und daher wird externe Technik benötigt. Der Headliner ist im letzten Jahr sehr positiv aufgenommen worden.

Es wird angemerkt, dass letztes Jahr versprochen wurde, dass die Finanzierung zukünftig komplett über die FSR erfolgt. Dem wird jedoch entgegnet, dass man lediglich evaluieren wollte, ob man das in Zukunft tun möchte, es hat sich jedoch als nicht praktikabel herausgestellt. Außerdem liegt es im Aufgabenbereich des StuRa eine gesamtstudentische Veranstaltung zu fördern. Fachschaftsrate können auch nach Zustimmung des StuRa noch finanzielle Mittel beisteuern. Der Aufwand für einen Bettelgang ist nicht zu rechtfertigen. Auch ein kleiner Bettelgang lohnt nicht wirklich. Selbst mehrere Themen, wie Fachschaftenverteiler und Vernetzung anzusprechen ist nicht sinnvoll, da eigentlich die StuRa-Vertreter für diese Information zuständig sind. Außerdem wäre das eine sinnlose Generierung von Aufwandsentschädigungen.

Es wird klargestellt, dass das Geld vom FSR WiWi noch nicht beschlossen ist,

sondern nur mit einem Meinungsbild zugesichert wurde, weil keine beschlussfähige Sitzung ohne vorliegende Kalkulation stattgefunden hat.

Der Antrag wird mit 14/0/1 angenommen.

## 12 Sonstiges

Nach ein GO-Antrag auf Abweichung von der Tagesordnung wird der Punkt Sonstiges einstimmig vorgezogen.

Andreas berichtet kurz über die aktuelle Situation in der Neuen Mensa: Auf Anweisung der sächsischen Ministerien für Inneres und Finanzen wird die Neue Mensa innerhalb von 14 Tagen zur Erstaufnahmeeinrichtung umgebaut. Ein genauer Vertrag zur zeitweiligen Nutzung ist noch in der Erstellung, der Verwaltungsrat muss diesem zustimmen. Das Problem ist, dass aktuell weder Brandschutz, noch fließend Wasser existieren. Es besteht die akute Gefahr, dass Deckenteile herabfallen. Eine öffentliche Reaktion des StuRa wäre schön, bisher wurde dies vermisst. Wenn Zweifel besteht, dass die Bausubstanz standhält, sollte man auch eine negative Pressemitteilung veröffentlichen, wenn jedoch nachgewiesen werden kann, dass alles gut ist, wird es natürlich begrüßt.

David berichtet, dass die Beitragshöhe der Beitragsordnung genehmigt wurde. Das VVO-Jahresticket ist unterschrieben, die Unterschrift unter dem SPNV-Vertrag steht noch aus.

Robert Hoppermann erwähnt die Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetz: SHK dürfen nach aktuellem Entwurf nur noch 4 Jahre angestellt werden, anstatt wie vorher 6 Jahre. Der Grund für die Gesamtnovellierung sind die allgemeinen prekäre Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche Mitarbeiter.

Malte spricht die Befürchtung aus, dass auf Grund des Beginns der

Vorlesungszeit, die Unterstützung der Studenten wegfallen könnte und empfiehlt daher die weitere starke Bewerbung für die Hilfe in den Flüchtlingscamps.

Sitzungsende: 1:00 Uhr

Unterschriften:

.....  
Versammlungsleiter

.....  
Protokollant